

STADT MARSBERG

BEB. PLAN NR. 13 b

VOR DEM SCHLAGE"

M.1:1000

em. Niedermarsberg
ur 5,6,10 u.11
1000



- ÄNDERUNG**
- Erweiterung der überbaubaren Fläche bis zur Plan-
gebietsgrenze
 - Verschiebung der Baugrenze
 - Aufgabe der Stellfläche und Verschiebung der Wendekehre
 - Aufgabe der Sichtfläche
 - Nachrichtliche Übernahme der Wasserfläche (Bachlauf)

Die Planunterlagen mit den Höhenangaben wurden
den 1. Stabschef und Vermessungsamt Brilon
geprüft und entsprechen den Anforderungen des
1. Planzeichnungsverordnung vom 10.1.1965.

Brilon, den 8. April 1974

Kaus
Kreisvermessungsamt

Die Aufstellung des Bebauungsplanes ist gem. § 2 (1) des
BauG vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 241) durch Beschluss
des Rates der Gemeinde/Stadt am 27.9.1973 ... beschlossen
worden.

Niedermarsberg, den 27.9.1973

Bürgermeister: gez. Ising
Ratsmitglied: gez. Lücke
Schriftführer: gez. Kossmann

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geome-
trisch eindeutig.

Brilon, den 29. OKT. 1974, gez. Daur

L.S. Kreisvermessungsamt

Die Gemeinde-Stadtvertretung beschließt für den Planbe-
reich (Bebauungsplan Nr. 13) den Entwurf des Bebau-
ungsplanes nebst Begründung zur öffentlichen Auslegung.

Niedermarsberg, den 10.6.1974

Bürgermeister: L.S. gez. Ising
Ratsmitglied: gez. Schröder
Schriftführer: gez. Kossmann

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat
gem. § 2 (1) BauG vom 9.7.74 ... bis 9.8.1974
öffentlich ausgelegt.

Ort und Zeit der Auslegung sind am 1.7.1974
ortsüblich bekannt gemacht worden.

L.S. Der Stadt-/Landesdirektor
in Vertretung: gez. Kossmann

Dieser Bebauungsplan ist gem. § 11 BauG mit Verfügung
vom 10.1.1975 ... genehmigt worden.

Arnsberg, den 17.1.1975

L.S. Der Regierungspräsident
in Vertretung: gez. Cichos

Die Genehmigung des Regierungspräsidenten sowie Ort und
Zeit der öffentlichen Auslegung des genehmigten Bebauungs-
planes nebst Begründung sind am 10.2.1975 ... orts-
üblich bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit gem. § 12 BauG am 11.2.1975
in Kraft getreten.

Marsberg, den 11.2.1975
Der Beauftragte
in Vertretung: gez. Kossmann



Zeichenerklärung

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
Planbezugs des Planänderungsbereiches
- Industriegebiet
- Baugrenze
- Überbaubare Grundstücksfläche
- Im GI-Gebiet
- Nicht überbaubare Grundstücksfläche
- Grundflächenzahl (GRZ)
- Baumassenzahl (BMZ)
- abweichende
offene Bauweise
- öffentliche Straßenverkehrsflächen; FUSSWEG
- Sichtflächen
- Grünflächen
- Nachrichtlich Eintragung
- Vorhandene Flurstücksgrenzen
- Geplante Flurstücksgrenzen
- Höhenlinien
- Wasserflächen gem. § 9 (5) BauG

Festsetzungen

GI-Gebiet gem. § 9 BauG

Zulässig sind

- Gewerbebetriebe aller Art mit Ausnahme von
Einkaufszentren und Verbrauchermärkten im
Sinne des § 11 Abs. 3, Lagerhäuser, Lager-
plätze und öffentliche Betriebe.
- Tankstellen.

Ausnahmevorschriften

- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftsper-
sonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebs-
leiter.

Die Sichtflächen sind von baulichen Anlagen, Einfrie-
dungen und Anpflanzungen über 70 cm Höhe freizu-
halten.

Es gilt die offene Bauweise, jedoch können Gebäude
über 50 m Länge errichtet werden.

Gestaltungsvorschriften

Einfriedigungen:
Grundstückseinfriedigungen entlang der Straßen und
Wege dürfen 80 cm Höhe nicht überschreiten. Im Be-
reich der Sichtflächen hat die dort getroffene Fest-
setzung Vorrang.

Niedermarsberg, den 23.10.1974

L.S. Bürgermeister: gez. Ising
Ratsmitglied: gez. Wendler
Schriftführer: gez. Kossmann

1. Änderung

lt. Ratsbeschluss vom 19.5.1980

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-West-
falen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.8.1969
(GV. NW. S. 656) i. d. F. v. 20.10.1970 (GV. NW. S. 1000) und des Bundes-
baugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 241) und der Baunutzungs-
verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.11.1968
(BGBl. I S. 1247), des § 3 der DVO zum Bundesbaugesetz
in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.4.1970 (GV. NW. S. 227)
in Verbindung mit § 103 der Bauordnung des Landes NW
in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.10.1974 (GV. NW. S. 1000)
hat der Rat der Stadt Marsberg am 19.5.1980 die 1. Änderung des
Bebauungsplanes Nr. 13 b beschlossen.

2. Änderung

Diese Satzung wird gemäß § 12 BauG in Verbindung mit § 4 (4) der
Gemeindeordnung IV und § 5 der Bauabstandsverordnung mit dem
nach Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung der Genehmigung des
Genehmigungspräsidenten rechtsverbindlich. Gleichzeitig tritt der durch die
Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13 b "Vor dem Schlage" der seit dem 11. Feb.
rechtsverbindlich ist, außer Kraft.

gez. Scholle Bürgermeister
gez. Berg Ratsmitglied
gez. Folle Schriftführer

Siegel

Die Änderung dieses Bebauungsplanes
ist gemäß § 2 (1) des BauG vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256)
zuletzt geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949)
durch Beschluss des Rates der Stadt Marsberg am
19.5.1980 beschlossen worden.

Marsberg, den 19.5.1980

Bürgermeister: gez. Scholle
Ratsmitglied: gez. Hansmann
Schriftführer: gez. Eichhoff

Siegel

Der Rat der Stadt Marsberg hat in der Sitzung am
19.5.1980 den Entwurf der Änderung
dieses Bebauungsplanes mit Begründung
gebilligt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Marsberg, den 19.5.1980

gez. Kossmann
Der Stadtdirektor i.V.

Siegel

Der Rat der Stadt Marsberg hat am
9.6.1982 in der Sitzung am 9.6.1982
den Entwurf der Änderung dieses
Bebauungsplanes gemäß § 10 BauG und
unpersönlich gemäß § 103 i. d. F. v. 20.10.1970
in Verbindung mit § 4 der DVO zum Bundesbaugesetz
als Satzung beschlossen.

Marsberg, den 27.2.1981

gez. Kossmann
Der Stadtdirektor i.V.

Siegel

Die Änderung dieses Bebauungsplanes
ist gemäß § 11 BauG vom 18.8.1976
(BGBl. I S. 2256) zuletzt geändert durch
Gesetz vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949)
mit Verfügung vom 15.09.1982
Az.: 35.21-24
genehmigt worden.

Arnsberg, den 15.09.1982

Der Regierungspräsident
im Auftrage: gez. Cichos

Siegel

Die Genehmigung des Regierungspräsidenten gem. § 11
BauG und der Genehmigung des Oberkreisdirektors
gem. § 103 Abs. 1 BauG NW sowie Ort und Zeit der
öffentlichen Auslegung der Änderung
dieses Bebauungsplanes mit Begründung sind am
28.10.1982 ortsüblich bekannt gemacht
worden.

Marsberg, den 02.11.1982

Der Stadtdirektor
in Vertretung: gez. Kossmann
Der Bürgermeister

Siegel

Die Änderung dieses Bebauungsplanes
ist gemäß § 2 (1) des BauG vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256)
zuletzt geändert durch Gesetz vom 6.7.1979 (BGBl. I S. 949)
durch Beschluss des Rates der Stadt Marsberg am
19.5.1980 beschlossen worden.

Marsberg, den 19.5.1980

gez. Kossmann
Der Stadtdirektor i.V.

Siegel

Der Rat der Stadt Marsberg hat am
9.6.1982 in der Sitzung am 9.6.1982
den Entwurf der Änderung dieses
Bebauungsplanes gemäß § 10 BauG und
unpersönlich gemäß § 103 i. d. F. v. 20.10.1970
in Verbindung mit § 4 der DVO zum Bundesbaugesetz
als Satzung beschlossen.

Marsberg, den 27.2.1981

gez. Kossmann
Der Stadtdirektor i.V.

Siegel

Der Rat der Stadt Marsberg hat am
9.6.1982 in der Sitzung am 9.6.1982
den Entwurf der Änderung dieses
Bebauungsplanes gemäß § 10 BauG und
unpersönlich gemäß § 103 i. d. F. v. 20.10.1970
in Verbindung mit § 4 der DVO zum Bundesbaugesetz
als Satzung beschlossen.

Marsberg, den 9.6.1982

Bürgermeister: gez. Scholle
Ratsmitglied: gez. Berg
Schriftführer: gez. Folle

Siegel

Die Genehmigung des Regierungspräsidenten sowie Ort und
Zeit der öffentlichen Auslegung des genehmigten Bebauungs-
planes nebst Begründung sind am 10.2.1975 ... orts-
üblich bekannt gemacht worden.

Arnsberg, den 15.09.1982

Der Regierungspräsident
im Auftrage: gez. Cichos

Siegel

Die Genehmigung des Regierungspräsidenten gem. § 11
BauG und der Genehmigung des Oberkreisdirektors
gem. § 103 Abs. 1 BauG NW sowie Ort und Zeit der
öffentlichen Auslegung der Änderung
dieses Bebauungsplanes mit Begründung sind am
28.10.1982 ortsüblich bekannt gemacht
worden.

Marsberg, den 02.11.1982

Der Stadtdirektor
in Vertretung: gez. Kossmann
Der Bürgermeister

Siegel